

Regierung bleibt draussen

Im Verwaltungsrat der Spital Thurgau AG wird die Regierung nicht Platz nehmen. Er sichert dem Grossen Rat aber Richtlinien für alle kantonalen Unternehmen zu.

WEINFELDEN – Sie war die Erste, die mit der neuen Redezeitbeschränkung konfrontiert war. Marlies Näf-Hofmann (SVP, Arbon) brachte ihr Votum aber in den 8 Minuten unter Dach und Fach – und sie brauchte deutliche Worte. Die Mitwirkung des Regierungsrates im Verwaltungsrat (VR) der Spital Thurgau AG sei dringend nötig. Es gehe um die Interessen der Patienten und des Personals, die der Eigentümer der Spitäler direkt im VR vertreten müsse.

Unterstützung für ihre Interpellation erhielt sie von SP und Grünen. Es brauche den politischen Einfluss der Regierung – sowohl im VR der Spital Thurgau AG als auch des EKT, fanden Peter Wildberger (GP, Frauenfeld) und Klemenz Somm (GP, Kreuzlingen). Die Regierung müsse sich im VR bei der Umsetzung der Leistungsvereinbarung beteiligen, fand auch Heinz Herzog (SP, Arbon).

Der Widerspruch folgte prompt: Die Regierung habe im VR nichts verloren, da sie ansonsten eine Doppelfunktion wahrnehmen müsste, die problematisch sei, sagten Wolfgang Ackerknecht (EVP, Frauenfeld) und Peter Markstaller (FDP, Kreuzlingen). Die Regierung handle die Leistungen



Marlies Näf-Hofmann. Bild: Susann Basler

aus, schlichte Tarifstreite zwischen Spital AG und Santésuisse und beaufsichtige das Gesundheitswesen.

Richtlinien zugesichert

Einen anderen Ansatz brachte die CVP ein. Es sei nicht nötig, dass Regierungsräte den Kanton in den VR der kantonalen Unternehmen vertreten, meinte André Schlatter (CVP, Amriswil). Man müsse sich überlegen, wie beim Bund Chefbeamte zu delegieren. Wichtig sei, dass der Regierungsrat endlich Richtlinien für alle Beteiligungen festlege, forderte Urs Martin (SVP, Oberaach). Es sei unverständlich, warum die Regierung heute nur in den VR von EKT, Gebäudeversicherung, Rheinsalinen und Stiftungsaufsicht sitze. Mit dieser Forderung renne der Rat offene Türen ein, sagte Regierungsrat Bernhard Koch. Ein erster Entwurf der Richtlinien werde im Frühjahr vorliegen. Bei der Spital AG sei die Einsitznahme im VR aber undenkbar. Das Unternehmen sei vor zehn Jahren nicht zuletzt gegründet worden, um die Doppelrolle der Regierung zu vermeiden. MARC HALTNER